

**Analyse zum Jubiläum der EU – von Brüssel-Korrespondent Remo Hess**

# Wird die Europäische Union zum Jekami?

Viele schöne Worte wird es an der Feier zum 60. Jahrestag der römischen Verträge am Samstag in Rom geben. Die EU-Staats- und -Regierungschefs werden eine Hymne auf die EU als «einzigartiges Projekt» anstimmen, das dem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht habe. So steht es gemäss dem letzten Entwurf in der gemeinsamen Abschlusserklärung.

Doch am historischen Tag soll nicht nur in Nostalgie geschwelgt werden. Es gilt auch in die Zukunft zu schauen. Rom im Jahr 2017 soll die «Geburtsstunde der EU zu 27» werden, wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigt hat. Denn schon ab nächster Woche gilt es ernst: Dann werden die Briten offiziell ihre EU-Austrittserklärung einreichen - der Verhandlungspoker um den Brexit beginnt.

Wohin es mit der Post-Brexit-EU gehen soll, steht in den Sternen. Juncker hat in seinem «Weissbuch zur Zukunft der EU» fünf Möglichkeiten aufgezeigt. Diese reichen von einem Rückbau auf einen gemeinsamen Binnenmarkt bis hin zu einem europäischen Superstaat. Seine eigene Präferenz lässt der Kommissionschef im Dunkeln. Wenn es nach ihm geht, soll es zuerst so etwas wie einen europäischen Meinungsbildungsprozess geben.

Einen ersten Richtungshinweis werden die Staats- und Regierungschefs bereits heute geben. Viele tendieren zu einer «EU der verschiedenen Geschwindigkeiten». So heisst es im Entwurf der Rom-Erklärung, die zukünftige europäische Integration solle «wenn nötig in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Schritten» erfolgen. Das wäre auch nach

**Quo vadis EU?**

Vor 60 Jahren legten die Römischen Verträge den Grundstein für die heutige EU. Doch nach dem Brexit steht die Zukunft der EU-Sterne mehr denn je in den Sternen.

dem Geschmack der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Frankreichs Präsident François Hollande. «Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ist notwendig, ansonsten werden wir steckenbleiben», sagte Merkel Anfang März bei einem gemeinsamen Auftritt mit Hollande. Anderen Ländern gefällt die Idee überhaupt nicht. Stellvertretend für viele osteuropäische EU-Staaten äusserte Polen seine Bedenken. Warschau befürchtet, in einem «Multi-Speed-Europa» abgehängt zu werden. Ministerpräsidentin Beata Szydlo drohte, die Abschlusserklärung zu blockieren, falls dort etwas stehe, was ihr nicht passe.

**Nicht alle müssen alles mitmachen**

Dabei ist dieses Europa bereits teilweise Realität. Beispiele wie der Euro oder die Mitgliedschaft im Schengenraum zeigen, dass nicht alle Mitgliedsländer alles mitmachen müssen. Das Instrument der «Ständigen strukturierten Zusammenarbeit», wie es 2007 im Vertrag von Lissabon eingeführt wurde, erlaubt zudem ein projektbezogenes Vorgehen. Die Schweiz kennt übrigens eine ähnliche Herangehensweise: Über die Konkordate gehen eine bestimmte Anzahl Kantone voran, wenn eine schweizerweite Regelung nicht möglich oder erwünscht scheint. Harnos oder das Hooligan-Konkordat sind hier zwei der jüngsten Beispiele.

Doch die EU ist nicht die Schweiz. An der Präsentation seines Weissbuches warnte Juncker zu Recht davor, dass die sonst schon komplizierte europäische Konstruktion mit der Öffnung für unterschiedliche Integrationsstufen nahezu unverständlich würde. Ein hoher Mitarbeiter in seinem Kabinett wies am Rande

des letzten EU-Gipfels ausserdem darauf hin, dass bei der strukturierten Zusammenarbeit das Vorgehen Einzelner von den restlichen EU-Mitgliedern einstimmig gutgeheissen werden müsse. Bei einem «Multi-Speed-Europa» wäre dies kaum der Fall, es drohe deshalb Chaos und die Situation, in der jeder in wechselnden Kombinationen mache, was ihm gerade beliebt, so der Juncker-Vertraute.

Tatsächlich könnte eine EU der verschiedenen Geschwindigkeiten einer weiteren Fragmentierung Tür und Tor öffnen. Schon jetzt finden sich etliche Grüppchen unter den EU-Staaten. Da wäre beispielsweise die migrationskritische Visegrad-Gruppe um Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei. Oder die oft als «Club-Med» betitelten EU-Südstaaten um Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern, die sich gegen die Austeritätspolitik wehren. Ihnen gegenüber stehen nördliche Mitgliedsländer um Deutschland, Finnland, Norwegen und die Niederlande, die sich für strenge Budgetdisziplin starkmachen. Erst diese Woche hat der Chef der Euro-Gruppe, der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, mit seiner Richtung Südeuropa gesendeten Bemerkung, man könne nicht sein «ganzes Geld für Schnaps und Frauen» ausgeben und dann um Unterstützung bitten, diesen Nord-Süd-Konflikt eskalieren lassen.

Das wird heute sicher nicht geschehen. Gerade auch, weil die EU durch Brexit und eine ungewissen Europa-Politik unter Donald Trump zusätzlich unter Druck steht. In Rom werden deshalb die Begriffe «Einheit» und «Unteilbarkeit» nochmals im Zentrum der Reden stehen. Den Streit hebt man sich für zu Hause auf.

**moser & medien**

## Redefreiheit gilt für rechts und links

VON CHRISTOF MOSER

Kürzlich hat die Ankündigung eines Podiumsgesprächs mit dem deutschen AfD-Chefideologen Marc Jongen im Zürcher Theater Gessnerallee derart heftige Proteste ausgelöst, dass die Veranstaltung abgesagt werden musste. Ein Tiefpunkt für die demokratische Kultur - gesetzt von links.

Die Redefreiheit für Andersdenkende ist ein politischer Lackmusest. Und es ist erschreckend, wie oft er auch im linken Spektrum nicht bestanden wird. Aktuell gerade wieder in Deutschland.

Dunja Hayali, Moderatorin im «ZDF Morgenmagazin» und Vorkämpferin gegen den Hass von rechts, hat der Wochenzeitung «Junge Freiheit» ein Interview gegeben. Die «Junge Freiheit» gilt als Mutterschiff der neurechten Publizistik. Weil Hayali dem Blatt ausführlich Red und Antwort stand, landete sie auf dem Social-Media-Scheiterhaufen. «Brennen sollst du», «Du bist ekelhaft» - derlei Beschimpfungen schlugen ihr auf Twitter entgegen.

Wie absurd das doch ist: Dunja Hayali, für ihr Engagement gegen rechten Hass preisgekrönt, wird von links mit Hass eingedeckt. Und die Blindwütigen merken nicht einmal, dass sie selber tun, was sie angeblich bekämpfen.

Es ist die Gesetzgebung, die Meinungsfreiheit beschränkt - und nicht der rechte oder linke Mob im Internet. Wenn Rechtspopulismus (unschön, aber legitim) und Rechts-extremismus (illegitim) unterschiedslos in den gleichen Topf geworfen wird, tragen die angeblich Guten und Besseren dazu bei, dass diese Grenze immer mehr verwedelt wird.

Wie lautete die Titelzeile über Dunja Hayalis Interview? «Wenn der Dialog endet, können wir alle einpacken». Dem ist nichts hinzuzufügen.

**Echo**

«Der Bundesrat soll noch in diesem Jahr über einen neuen Cyber-Aktionsplan befinden, wie Parmelin der «Schweiz am Wochenende» sagte.» **SRF**

«Pour la première fois, les CFF ont vendu davantage de billets via leur application mobile qu'aux guichets. L'entreprise va l'exploiter: de la publicité ciblée sera vendue prochainement sur l'appli Mobile, comme le révélait la «Schweiz am Wochenende.» **Le Temps**

«Postauto-Chef Landolf fordert, dass der Bund eingreift. «Es gilt, die Spielregeln für den Wettbewerb im Orts- und Regionalverkehr zu klären und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen», so der Postauto-Chef in der «Schweiz am Wochenende.» **Blick**

**Gastkommentar von Daniel Schwarz \***

# Scheitern gehört zur Politik

Wer erinnert sich noch an das Hundegesetz, das Präventionsgesetz oder an die Bundesbeiträge für die Olympia-Bewerbung 2022? Sie ereilte alle dasselbe Schicksal: Sie sind vor Jahren im Parlament gescheitert. Und man hat nicht das Gefühl, dass sie uns fehlen.

Wahr ist auch, dass niemand gern das Scheitern von Ideen erlebt, für deren Umsetzung man sich stark engagiert hat. Schon gar nicht in unserem auf Perfektion getrimmten Land. Allzu oft geht dabei vergessen, dass unser politisches System seit 1848 die Option des wiederholten Scheiterns «im Kleinen» vorsieht. Dafür bleiben uns die ganz grossen Politik-Dramen mit Regierungsturz und Neuwahlen erspart.

Vor bald 170 Jahren, im März 1848, einigten sich die Vertreter der Kommission, welche nach dem kurzen Sonderbundskrieg die erste Schweizer Bundesverfassung auszuarbeiten hatte, auf das in den wesentlichen Punkten noch heute existierende Zweikammersystem aus National- und Ständerat. Vorausgegangen war dem Entscheid ein erbitterter Streit zwischen Radikalen, welche nur eine Kammer nach dem Vorbild der damaligen französischen Nationalversammlung wollten, und Konservativen, denen ein von den Kantonsregierungen bestelltes Gremium, also eine leicht modifizierte Version der alten Tagsatzung, vorschwebte.

Herausgekommen ist ein Kompromiss: Zwei getrennte Kammern, beide absolut gleichberechtigt, deren Mitglieder aber keinen Weisungen aus den Kantonen

gehörten mussten. Dies war keine Schweizer Erfindung, sondern man kopierte den US-amerikanischen Kongress.

Den Schweizer «Verfassungsvätern» war klar, dass sie sich und ihren Nachfolgern mit diesem Entscheid das Leben nicht einfacher machen würden. Die Aufteilung der Macht auf zwei Räte hat ihren Preis: Vermehrte zeitliche Verzögerungen, häufigere Leerläufe bis hin zum Scheitern im letzten Moment. In Zeiten, in denen die politische Übereinstimmung zwischen National- und Ständerat hoch ist und das politische Leben eher gemächlich abläuft, fällt dies nicht weiter ins Gewicht. Wird das parteipolitische Klima rauer und häufen sich die Situationen, in denen unter grossem Zeitdruck Entscheide ausgearbeitet und gefällt werden müssen, tritt die Bremswirkung der Machtteilung viel deutlicher zutage: Die Differenzvereinbarungen dauern länger, es müssen mehr Einigungskonferenzen einberufen werden, die Zahl der abgelehnten Parlamentsgeschäfte steigt. Ein Ärgernis für alle, welche die neuen Bestimmungen möglichst rasch durchs Parlament bringen möchten, ein Segen für die politische Stabilität.

Selbstverständlich sollte das Scheitern wichtiger Vorlagen die Ausnahme bleiben, damit die Problemlösungsfähigkeit des Parlaments erhalten und der Entscheidungsprozess insgesamt effizient bleibt. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass, rein zahlenmässig betrachtet, kaum Gefahr droht, dass sich die beiden Kammern gegenseitig lähmen: Pro Legislatur werden 400 bis 500 Erlasse verabschiedet. Die Zahl der Erlasse, welche von der einen Kammer gegen den Willen der



\* **Daniel Schwarz** ist Politikwissenschaftler und Mitbegründer der Online-Wahlhilfe «smartvote».

«Die ganz grossen Politik-Dramen mit Regierungsturz und Neuwahlen bleiben uns erspart.»

anderen bachab geschickt wurden, lag in den letzten fünf Legislaturen nie über 15. Auch in der laufenden Legislatur sieht es nicht aus, als ob dieser Wert übertroffen werden könnte. Auch Situationen, wie man sie mit schöner Regelmässigkeit aus den USA kennt, bleiben uns erspart. Können sich dort die Kammern (und zusätzlich der Präsident) nicht auf ein Budget einigen, stellen alle nicht absolut notwendigen Regierungsstellen den Betrieb ein. Dass es bei uns nicht zu solch schwerwiegenden Blockaden kommt, liegt an einer klugen Spezialregel: Lehnt ein Rat das Budget ab, ist nicht einfach nichts entschieden worden, sondern es gilt der tiefere Ansatz. Auch diese Regel wirkt sich nicht immer zur Freude aller politischen Lager aus, doch zumindest ist so das gute Funktionieren des Staates garantiert.

Dennoch herrscht auch hierzulande nicht eitel Sonnenschein. Geht man die Liste der gescheiterten Vorlagen der letzten 20 Jahre durch, fallen die Themen auf, welche gehäuft auftreten. Es sind dies die Sozialversicherungen: Die Revisionen von Krankenversicherung, Invalidenversicherung und AHV haben gleich mehrfach Schiffbruch erlitten - bereits im Parlament, nicht erst in der Volksabstimmung. Der äusserst knapp ausgefallene Entscheid zur aktuellen AHV-Revision ist die jüngste Bestätigung dafür, wie unversöhnlich sich die Lager zwischen und innerhalb der beiden Räte bei diesen ebenso wichtigen wie umfangreichen und komplexen Sachgebieten gegenüberstehen. Verlieren unsere National- und Ständeräte die Fähigkeit zur Lösung wichtiger innenpolitischer Probleme, schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik insgesamt.